



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8292.02

BD/P058292
Basel, 14. Februar 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 13. Februar 2007

Anzug Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Erreichung eines sauberen Stadtbildes der Stadt Basel

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom Mittwoch, 14. September 2005 den nachstehenden Anzug Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Erreichung eines sauberen Stadtbildes der Stadt Basel dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Anlässlich der Uhren- und Schmuck-Messe Basel World haben die Messe und der Kanton grosse Anstrengungen unternommen, um den Besuchern aus der ganzen Welt unsere Stadt in einem guten Licht zu präsentieren. Neben der Beflaggung an Gebäuden und den öffentlichen Verkehrsmitteln wurden auch weitere Massnahmen (z.B. Aufwertung des Centralbahnplatzes mit einem Empfangszelt) getroffen.

Einen traurigen Kontrast zu diesen begrüenswerten Anstrengungen bietet die Basler Innerstadt. Sie wirkt über weite Strecken unsauber und wenig gepflegt, weil auch öffentliche Gebäude und der öffentliche Raum durch zahlreiche „Tags“ und Plakatresten längst vergangener Anlässe verunstaltet wird. Vor einigen Jahren sind die privaten Hauseigentümer von privater Seite aufgefordert worden, solche Schmierereien zu entfernen. Der Kanton - so macht es den Eindruck - kümmert sich als Hauseigentümer und bei der Strassenreinigung viel zu wenig um diese Verunreinigungen. Dadurch wird, wie dies verschiedene Untersuchungen bewiesen haben, zu zusätzlichen Verunreinigungen eingeladen.

Auch der generelle Eindruck, den unsere Stadt auf Touristen und einen grossen Teil der einheimischen Bevölkerung macht, erweckt in letzter Zeit wieder zunehmend den Eindruck von Lieblosigkeit. Mit bescheidenen Massnahmen und minimen baulichen Veränderungen könnte dieser negative Eindruck ohne grossen Aufwand korrigiert werden.

Ich bitte daher die Regierung zu prüfen und zu berichten

- wie Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum rascher und konsequenter entfernt werden können
- wie private Hauseigentümer zu einer raschen Entfernung von Verunreinigungen an ihren Gebäuden motiviert werden können
- wie die Bevölkerung dazu motiviert werden kann, den öffentlichen Raum weniger zu verschmutzen.

Peter Zinkernagel, Edith Buxtorf-Hosch, Christine Wirz-von Planta, Oskar Inglin, Theo Seckinger, Felix W. Eymann, Rolf Häring, Eduard Rutschmann, Markus G. Ritter, Irène Fischer-Burri, Thomas Mall, Hans Rudolf Lüthi, Christine Heuss, Roland Vögtli, Peter Eichenberger, Roland Stark, Claude François Beranek, Beat Jans, Conradin Cramer, Rolf von Aarburg, Andreas C. Albrecht, Christian Egeler, Philippe Pierre Macherel, Donald Stückelberger, Richard Widmer“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum

Die grössten Probleme bei der Verunreinigung an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum stellen die Sprayereien, der übrige Vandalismus und der Abfall dar. Die involvierten Ämter des Baudepartements – insbesondere das Hochbau- und Planungsamt und das Tiefbauamt – sind bemüht, dieser unerfreulichen Entwicklung entgegenzuwirken.

Die Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Die Zahl der Reinigungseinsätze an staatlichen Liegenschaften zur Entfernung von Sprayereien hat sich allein von rund 180 im Jahr 2004 auf rund 210 im Jahr 2006 (Stand 21. Dezember 2006) erhöht. Dabei sind die zahlreichen weiteren Sprayereien im öffentlichen Raum, zum Beispiel an Brücken, Unterführungen und an WC-Anlagen, noch nicht berücksichtigt. In den Jahren 2000 bis 2006 (Stand 21. Dezember 2006) mussten vom Baudepartement (Hochbau- und Planungsamt) insgesamt CHF 2,79 Mio. für die Beseitigung von Vandalenschäden an öffentlichen Gebäuden, grösstenteils von Sprayereien, aufgewendet werden. Allein im Jahr 2006 musste wegen Sprayereien und Vandalenakten ein Reinigungsaufwand von CHF 100'000.- an Schul- und von CHF 130'000.- an Verwaltungsbauten verzeichnet werden. Diese Beträge werden aus den Mitteln für den allgemeinen Gebäudeunterhalt bestritten. Die Erfahrung zeigt, dass die gereinigten Gebäude an exponierten Orten in der Innenstadt nach zwei bis vier Wochen bereits wieder verschmiert sind. Dies gilt auch für Kunstbauten wie Brücken und Unterführungen.

Ein zweiköpfiges Malerteam der Werkstätten des Tiefbauamts und private Malerfirmen führen im Auftrag des Hochbau- und Planungsamts teilzeitlich die Reinigung von verschmierten öffentlichen Gebäuden wie zum Beispiel von Schulhäusern und Gebäuden der Universität durch. Die Reinigungen werden in der Regel innerhalb von 14 Tagen - nach der Schadensmeldung durch die hierfür zuständigen Abwarte - ausgeführt. Die jeweils für die Gebäude verantwortlichen Personen sind verpflichtet, Schmierereien raschmöglichst zu melden. Spezielle Kontrolleure, welche täglich die Stadt zu Fuss durchschreiten und Meldung erstatten, gibt es aber nicht. Bei Kunstbauten, wozu Brücken und Unterführungen zählen, sind wir auch auf Meldungen aus der Bevölkerung angewiesen. Selbstverständlich wird im Rahmen von regelmässigen Inspektionen, bei denen die Tragsicherheit und Gebrauchstauglichkeit von Brücken und Kunstbauten geprüft wird, auch vom eigenen Staatspersonal wahrgenommen, wo Schmierereien zu verzeichnen sind; diese werden von der zuständigen Abteilung des Ingenieurbaus des Baudepartements (Tiefbauamt) im Rahmen der finanziellen Vorgaben raschmöglichst entfernt.

Die Stadtreinigung sieht sich mit verschiedenen Problemen konfrontiert. Dies einerseits mit dem generell zunehmenden Abfall wie zum Beispiel dem achtlos auf den Boden geworfenen Abfall (Littering), andererseits aber auch generell mit einer Zunahme der Abfälle in Kübeln und Containern. Zudem trägt auch die Abkehr von den bewährten Pfandsystemen (Mehrwegflaschen) zu dieser unerfreulichen Entwicklung bei. Die ½-Liter-Pet-Flaschen gehören neben Aludosen und Einwegglasflaschen zu den am meisten „gelitterten“ Getränkeverpackungen. Als weiteren Grund, dass unsere Städte vermehrt mit der Abfallproblematik konfrontiert sind, wird von Fachleuten die grundsätzlich geänderte Bedeutung des öffentlichen Raumes genannt. Einerseits wird dieser Raum gerade im urbanen Bereich sehr intensiv genutzt. Andererseits geniessen öffentliche Areale und Einrichtungen bei Teilen der Bevölkerung eine weit geringere Wertschätzung, als dies früher der Fall war.

Bei der notwendigen (früh)morgendlichen Reinigung in der Innenstadt muss zudem die Nachtruhe der ohnehin oft unter Nachtlärm leidenden Anwohnerschaft respektiert werden. Dies wiederum hat zur Folge, dass die Reinigung nicht überall so früh, wie dies wegen des Stadtbildes wünschbar wäre, vorgenommen werden kann. Dies gilt beispielsweise für das Kleinbasler Rheinufer.

Eine raschere und konsequentere Entfernung von Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum ist nur mit einem beträchtlichen finanziellen Mehraufwand zu bewerkstelligen. Doch im Interesse der Lebens- und Standortqualität ist es notwendig, alle Möglichkeiten, die zu einer Verbesserung der Gesamtsituation beitragen könnten, zu prüfen. Das Baudepartement versucht, das Abfallverhalten der Menschen günstig zu beeinflussen – zum Beispiel mit einer gezielten, gestalterisch überlegten Platzierung von rund tausend Abfallbehältern im öffentlichen Raum oder auch mit 52 Wertstoffsammelstellen. Auch die Farben zum Übermalen von Sprayereien sind ein Thema: Es werden neue Farben geprüft, die bereits in ihrer Substanz einen wirksamen Schutz vor neuen Sprayereien enthalten. Entsprechende Tests werden zur Zeit an den WC-Häuschen am Oberen Rheinweg durchgeführt; Ergebnisse liegen allerdings noch nicht vor.

Auch der Vandalismus in anderen Bereichen als dem Sprayen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Dies zeigt sich am Beispiel der rund 4'000 Sitzbänke in der Stadt, die von den Werkstätten des Tiefbauamts gewartet werden: Im Jahr 2006 mussten wegen Vandalismus rund CHF 40'000.- für Reparaturen aufgewendet werden.

Anfangs 2005 wurde in Basel-Stadt - nach der ersten im Jahr 2003 - die zweite Bevölkerungsbefragung durchgeführt. Während sechs Wochen wurden insgesamt 1'510 ausführliche telefonische Interviews durchgeführt. Unter anderem wurden auch Fragen zum Thema „Sauberkeit“ gestellt. Fazit: Für 51,2% der Befragten ist die Sauberkeit auf Strassen und Plätzen sehr wichtig. Gegenüber der Befragung von 2003 ist dieser Wert um 6,2 Prozentpunkte kleiner als damals (57,4%); wir gehen davon aus, dass die Wichtigkeit mit der Zunahme der Zufriedenheit abgenommen hat.

Grundsätzlich messen Frauen der Sauberkeit auf Strassen und Plätzen höhere Wichtigkeit bei als Männer (54,6% der Frauen und 47,2% der Männer). Zudem konnte festgestellt wer-

den, dass mit zunehmendem Alter der Anteil der Befragten, welche saubere Plätze und Strassen in Basel sehr wichtig oder eher wichtig findet, zunimmt.

Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2003 hat die Zufriedenheit sowohl bei der Sauberkeit auf den Strassen und Plätzen wie auch bei der Abfallbeseitigung und Kehrrichtabfuhr zugenommen. Mit der Sauberkeit sind 68,3% (damals 63,2%) der Interviewten sehr zufrieden oder eher zufrieden, mit der Entsorgung von Abfall und Hauskehricht sogar 92,7% (damals 90,1%).

Diese an sich erfreulichen Erkenntnisse aus Kreisen der Bevölkerung dürfen aber nicht dazu verleiten, auf Verbesserungsmöglichkeiten zu verzichten. Denn Vandalismus und Abfälle vermitteln das Gefühl, sich in einer unsauberen Stadt zu befinden. Es ist vor diesem Hintergrund notwendig, dem öffentlichen Raum im Rahmen des Möglichen die grösstmögliche Beachtung zu schenken.

2. Entfernen von Verunreinigungen an privaten Gebäuden

Beim Sprayen handelt es sich um ein gesellschaftliches Problem, welches nicht einfach mit einer Aktion gelöst werden kann. Erfahrungen auch anderer Städte zeigen, dass das schnelle Entfernen der illegalen Sprayereien ein geeignetes Mittel ist, um das Stadtbild etwas freier von Schmierereien zu halten. Dies gilt sowohl für öffentliche als auch für private Liegenschaften. Um für betroffene private Hauseigentümerinnen und –eigentümer finanzielle Anreize zu schaffen, ihre Häuser rasch von Sprayereien säubern zu lassen, wurde schon vor Jahren die Aktion „Mobile Malerequipe“ lanciert; dies in Zusammenarbeit mit dem Malermeister-Verband Basel-Stadt. Die Aktion war in den vergangenen Jahren erfolgreich, weshalb sie im Jahr 2007 fortgesetzt wird.

Die „Mobile Malerequipe“ ermöglicht privaten Eigentümerinnen und Eigentümern von Liegenschaften auf Stadtgebiet, Sprayereien sehr kostengünstig durch Fachleute entfernen zu lassen. Bei einer Kostenbeteiligung von CHF 100.- pro Schadenfall (Entfernen von Sprayereien bis zum Betrag von CHF 1'000.-) wird die Oberfläche einer versprayten Liegenschaft professionell gereinigt. Das Baudepartement empfiehlt, diese Spezialisten anzufordern (Kontaktnummer: 079 644 63 85). Nebst dem Selbstbehalt der oder des Betroffenen von CHF 100.- übernimmt der Malermeisterverband Basel-Stadt die Materialkosten (Farben) und die Kosten für die für den Einsatz benötigten Fahrzeuge; den Restbetrag bezahlt der Kanton. Im Jahr 2004 wurden im Rahmen dieser Aktion rund 300, im Jahr 2005 rund 250 und im Jahr 2006 rund 330 Reinigungen vorgenommen. Beläuft sich der Reinigungsbetrag auf über CHF 1'000.-, vergütet der Kanton noch 20 Prozent der Kosten.

Die Gesamtaufwendungen des Kantons an Private zur Säuberung ihrer Liegenschaften bezifferten sich im Jahr 2004 auf rund CHF 150'000.-, im Jahr 2005 auf rund CHF 179'000.- und im Jahr 2006 auf rund CHF 186'000.-.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass eine Eigentümerschaft zwingend ihr Einverständnis zu einer Putzaktion geben muss. Denn eine rechtliche Grundlage zur Anordnung einer Graffitientfernung an privaten Gebäuden existiert nicht.

Der Malermeister-Verband Basel-Stadt macht jährlich ein bis zwei Mal in den Zeitungen auf die Aktion "Mobile Malerequipe" aufmerksam. Diese Bemühungen werden fortgesetzt.

Bis Ende 2005 war das Amt für Bausubventionen & Zivilschutzbau im Baudepartement Anlaufstelle und zuständig für die Privaten im Falle von Sprayereien. Seit dem 1. Januar 2006 ist die Stadtreinigung des Tiefbauamtes im Baudepartement hierfür verantwortlich.

3. Motivation der Bevölkerung, den öffentlichen Raum weniger zu verschmutzen

Gemäss der erwähnten Bevölkerungsbefragung steht das Thema Sauberkeit und Vandalismus in den „Top 15 von Basels grössten Problemen“ auf Platz 7. Die Bevölkerung soll dennoch weiterhin aktiv auf verschiedenen Ebenen zu den Themen Spraysen und Abfall sensibilisiert werden. Spraysen, Vandalenakte und Abfall zusammen vermitteln das unguete Gefühl, in einer unsauberen Strasse oder auf einem unsauberen Platz zu sein. Das darf nicht sein. Das Baudepartement versucht deshalb, dem Abfall möglichst wirkungsvoll zu Leibe zu rücken, unterstützt von Aktionen zur Säuberung von versprayten Hauswänden.

Während das Problem „Graffiti“ vor allem über die Medien kommuniziert und diskutiert wird, gibt es bei der Stadtreinigung eigentliche Abfallpräventionskampagnen. In den letzten Jahren sind zum Beispiel in der wärmeren Jahreszeit am Kleinbasler Rheinufer Plakatkampagnen lanciert worden; mit klaren Handlungsaufforderungen wurde dabei auf ein korrektes Abfallverhalten hingewiesen. Die pauschalen Informationen an ein breites Publikum erinnern immer wieder an das korrekte Abfallverhalten. Sie werden mit der Vermittlung von differenzierten Inhalten im direkten Dialog an bestimmte Zielgruppen ergänzt. Das Baudepartement (Stadtreinigung) bietet Unterlagen zum Thema Abfall und Littering in Schulen und Kindergärten an (Konzepte für den Schulalltag, Ideen für Exkursionen zu Anlagen im Abfallbereich oder den Medienkoffer), organisiert regelmässig Führungen durch die Kehrrichtverwertungsanlage (KVA) und führt gezielte Abfallerziehungsprojekte durch.

Im Jahr 2006 konnte die Abfallprävention im direkten Dialog rund 9'000 Personen erreichen. Ein paar Projekt-Beispiele: 80 Lernende der Berufsfachschule wurden in einem Abfallparcours sensibilisiert und erhielten Anregungen für die Sensibilisierung in ihrem Lehrbetrieb; im Rahmen des Projekts „Green Team“ leisteten 31 Schulklassen einen Beitrag für mehr Sauberkeit, wirkten als Multiplikatoren für die Sensibilisierung weiterer Bevölkerungskreise oder bewirtschafteten an ihrer Schule ein vorbildliches Abfall- und Kompostmanagement; rund 2'500 Kinder in den Kinderferienstädten der Robi-Spiel-Aktionen erfuhren im Frühling und Sommer alles rund um die Themen Littering, Recycling und Abfallvermeidung. Das Zahnputz-Team der Schulzahnklinik integrierte die Themen Abfall und Littering in ihr Programm und besuchte damit flächendeckend alle Basler Kindergärten; dies ist auch im Jahr 2007 vorgesehen. In Zusammenarbeit mit fünf Basler Jugendorganisationen überdachten - im Rahmen des Projekts „cool oder fuul“ - über 800 Jugendliche ihr eigenes Abfallverhalten. Dies bei Diskussionen mit den von der Stadtreinigung geschulten Jugendarbeitenden (von der mobilen Jugendarbeit, der Basler Freizeitaktion, vom Jugi Dalbeloch, vom IN TEAM und von der Koordinationsstelle Jugendarbeit der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-

Stadt) und gestützt auf einen Wettbewerbs-Bogen. Schliesslich nahmen rund 300 Zugezogene an einem Abfalltrainer-Kurs über Abfall und Kompost in deutscher, türkischer und albanischer Sprache teil.

Die Erziehung in den Schulen stösst aber an ihre Grenzen oder wird sogar unterlaufen, wenn an öffentlichen Veranstaltungen eine gedankenlose Einweg- oder Wegwerfmentalität vorgelebt wird. Denn genau auf diese Weise werden gesellschaftliche Normen publikumswirksam geprägt, die sich in der Folge auch negativ auf das private Freizeitverhalten auswirken. Es ist in Fachkreisen unbestritten, dass die individuelle Tendenz zum Littering wesentlich stärker vom unmittelbaren sozialen Umfeld beeinflusst wird als von der abstrakten normativen Ebene wie Vorschriften und staatliche Kampagnen.

Vor diesem Hintergrund hat das Baudepartement das Projekt „Mehrweg ist Mehrwert“ ins Leben gerufen. Es geht davon aus, dass beim Catering an öffentlichen Veranstaltungen nur noch bepfandete Mehrwegsysteme eingesetzt werden. Durch diese Umstellung lassen sich das Abfallaufkommen und parallel dazu auch das Littering deutlich vermindern. Zur Zeit ist eine regierungsrätliche Vorlage in Arbeit, die vorsieht, dass diesbezüglich vorbildliche Veranstaltungen in Zukunft von einer reduzierten Allmendgebühr profitieren können, dies im Sinne eines Anreizsystems. Wie sehr solche abfalloptimierten Anlässe begrüsst werden, zeigen auch Reaktionen des Publikums. Repräsentativen Erhebungen im Rahmen des Gurten-Festivals vor drei Jahren und im Zolli zufolge begrüssen rund 88 Prozent der Bevölkerung bei öffentlichen Veranstaltungen eine Umstellung auf Mehrweg.

Eine im Jahr 2004 mit den wichtigsten Ergebnissen vorgestellte nationale Litteringstudie, die auf Initiative und unter Federführung des Baudepartements (Amt für Umwelt + Energie) von der Universität Basel durchgeführt worden ist, zeigt in aller Deutlichkeit auf, dass aus ökologischer Sicht die Wiedereinführung eines Flaschenpfands notwendig wäre. Entsprechende Massnahmen können aber nicht isoliert nur auf kantonaler, sondern müssen auf eidgenössischer Ebene angegangen und umgesetzt werden, auch in Partnerschaft mit der Versorgungsindustrie. Das Baudepartement hat mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Bundesamt für Umwelt Kontakt aufgenommen und sich ausdrücklich für Pfandlösungen eingesetzt.

Auch die Verpackung von Take-Away-Produkten muss unter die Lupe genommen werden. Gerade im Umfeld von Take-Away-Produkten häufen sich die Abfälle in oftmals eklatanter Weise. Trotz dichtem Entsorgungsplan kann das Baudepartement (Stadtreinigung) auf diese Problemzonen nicht immer mit zusätzlichen Spezialtouren reagieren, zumal der Abfall oft sehr kurzfristig oder erst nach 20 Uhr anfällt. Der Schweizerische Städteverband hat in einer Medienmitteilung verlangt, dass die Take-Away-Branche mehr Eigenleistungen übernehmen müsse. Deshalb müssen nach Meinung auch des Städteverbands die Verkäufer von Take-Away-Einwegverpackungen dazu verpflichtet werden, in ihrem unmittelbaren Umfeld über genügend Entsorgungskapazitäten zu sorgen und eine dem jeweiligen Abfallaufkommen angepasste Leerung der entsprechenden Abfallbehälter auf eigene Kosten selbst vorzunehmen.

Im Weiteren sollte sich die Take-Away-Branche mit einem angemessenen Kostenbeitrag an der Räumung und Verbrennung ihrer im öffentlichen Raum entsorgten Abfälle beteiligen. Im Unterschied zu herkömmlichen Gastronomiebetrieben, welche ihr Geschirr und ihre Abfälle kostenpflichtig entsorgen, wälzen Take-Away-Betriebe diese Aufgaben und die dadurch entstehenden Kosten über den öffentlichen Raum – Littering, Abfallkübel – auf die Allgemeinheit ab. Dadurch wird die Entsorgung dieser Branche über die Staatskasse subventioniert, was gegen das Verursacherprinzip verstösst und letztlich auch einer Wettbewerbsverzerrung gleichkommt. Gleichzeitig werden auf diese Weise indirekt Bewohnerinnen und Bewohner zur Kasse gebeten, die nicht zur Verschmutzung der Stadt beitragen.

Das Baudepartement (Amt für Umwelt + Energie) arbeitet zur Zeit an einem Massnahmenpaket, das Detailhändler und Take-Away-Anbieter in die Verantwortung mit einbezieht. Im Rahmen intensiver Gespräche, an welchen unter anderem Coop, Migros und Mc Donalds teilnehmen, werden neue Lösungsansätze diskutiert. Dabei geht es auch um unpopuläre Massnahmen, wie etwa Kostenbeteiligungen für die Räumung und Entsorgung der weggeworfenen Verpackungsabfälle im urbanen Raum.

Das achtlose Wegwerfen von Abfällen auf öffentlichen Grund ist ein aktuelles Gesellschaftsproblem, das sich nachteilig auf die Lebensqualität, die Kostenentwicklung und das Image von allen Städten und Gemeinden auswirkt. Zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband und der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt ist im Jahr 2006 das Projekt „Zusammen für einen saubereren Raum“ gestartet worden mit dem Ziel, einen Verhaltenskodex für Verkaufsstellen von Unterwegsverpflegung und Event-Veranstaltenden zu entwickeln.

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen aus den obgenannten Organisationen, den Städten Basel, Zürich, St. Gallen, Luzern, dem Bundesamt für Umwelt, dem Praktischen Umweltschutz Schweiz und Mc Donalds hat in der Zwischenzeit einen solchen Verhaltenskodex ausgearbeitet. Dieser definiert die Kooperation in den vier Bereichen Infrastruktur, Reinigungs- und Entsorgungsleistung, Kommunikation/Aktionen, Abfallverminderung und –vermeidung. Es ist vorgesehen, diesen Verhaltenskodex im Jahr 2007 in Basel mit einem Pilotversuch und mit wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Basel (Mensch-Gesellschaft-Umwelt) im Alltag zu testen. Sobald die Ergebnisse dieses Pilotversuchs vorliegen, sollen die Resultate mit einer geeigneten Öffentlichkeitsarbeit in breiten Bevölkerungskreisen bekanntgemacht werden – dies auch ganz im Sinne der Prävention und mit dem Ziel, die Bevölkerung dazu zu motivieren, den öffentlichen Raum weniger zu verschmutzen. Die nationale Littering-Studie hat immerhin gezeigt, dass sich mehr als 80 Prozent von insgesamt 1'687 befragten Personen an herumliegenden Abfällen stören.

4. Fazit

Wir halten fest, dass die Massnahmen für ein saubereres Stadtbild sehr vielfältiger Natur sind. Bei der Reinigung von staatlichen Gebäuden hat der Kanton in den letzten Jahren die Reinigung intensiviert, was sich auch an der gestiegenen Zahl an Reinigungseinsätzen zeigt – wie erwähnt waren es im Jahr 2006 rund 210, gegenüber rund 180 noch im Jahr 2004.

Private Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer werden mit geeigneten Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit noch gezielter auf das Projekt „Mobile Malerequipe“ aufmerksam gemacht; die günstigen Preise und die finanzielle Beteiligung des Kantons dienen hier als Anreize.

Um dem Abfallproblem wirksam und nachhaltig zu begegnen, die gegenwärtige Entwicklung zu stoppen und sogar eine Trendumkehr einzuleiten, ist ein weitreichendes Massnahmenbündel notwendig. Neben den erwähnten Abfall-Sensibilisierungskampagnen, Bussen gegen Abfallsünderinnen und -sünder, vorbildlichen öffentlichen Veranstaltungen mit Mehrweg und Pfand gilt es griffige Massnahmen auch an den Quellen des Abfallproblems wirksam werden zu lassen. Eine Beteiligung der Anbieter von Take-Away-Verpflegung an den Kosten für Reinigung und Entsorgung kann zur Entschärfung der Situation wesentlich beitragen und wird zur Zeit in einer kantonalen Arbeitsgruppe zusammen mit dem Detailhandel und den Take-Away-Anbietern diskutiert.

Das Baudepartement verfolgt auch mit der Litteringstudie der Universität Basel und einer diese flankierenden, kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit das Ziel, zu einem Umdenken im Abfallverhalten beizutragen und den Detailhandel und die Gastronomiebetriebe, insbesondere die Take-Away-Läden, von der Notwendigkeit und Nützlichkeit der Wiedereinführung von Flaschenpfand zu überzeugen.

5. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Peter Zinkernagel und Konsorten betreffend Erreichung eines sauberen Stadtbildes der Stadt Basel als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatschreiber